

Tarifrundschriften 11/2024

Hannover, 16. Oktober 2024

Tel. (05 11) 85 05-238

La/be

An die

Geschäftsleitungen der Mitgliedsfirmen
Herren Vorstandsmitglieder

Ver.di Forderungsbeschluss für den öffentlichen Dienst Bund/Kommunen

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der vergangenen Kalenderwoche hat die Bundestarifkommission der Gewerkschaft ver.di für die im Januar 2025 beginnende Tarifrunde die Tarifforderung mit nachfolgenden Inhalten mit großer Mehrheit beschlossen:

- Erhöhung der Entgelte um 8 Prozent, jedoch mindestens 350,00 Euro monatlich;
- höhere Zuschläge für besonders belastende Tätigkeiten;
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen und Entgelte für Praktikanten um 200,00 EUR;
- drei zusätzliche freie Tage, um die zunehmende Arbeitsbelastung auszugleichen;
- Übertragung des Ergebnisses der Tarifverhandlungen zeit- und wirkungsgleich auf Beamte;
- Reduktion der Arbeitszeit der Beamten um zwei Stunden auf 39 Stunden.

Der laufende Abschluss endet am 31. Dezember 2024. Für ver.di und die verschiedenen Sparten von ver.di ist traditionell die Forderung, welche die Gewerkschaft für die Bereiche des öffentlichen Dienstes aufstellt, eine Leitlinie für weiter folgende Tarifverhandlungen. Angesichts der finanziellen Lage der Kommunen als auch des Bundes zeigt diese Forderung nicht die Spur von Realitätssinn. Insbesondere die Mindestanhebung der Entgelte um 350,00 Euro monatlich und das damit verbundene überproportionale Ansteigen der Tabellen in den unteren Entgeltgruppen ist nicht dazu geeignet, der finanziellen Lage des öffentlichen Dienstes zu entsprechen. Ver.di begründet die gestellte Forderung wie so oft mit der Stärkung der Kaufkraft und der Binnennachfrage und damit mittelbar der positiven Beeinflussung des Wirtschaftswachstums in Deutschland. Auch das Argument, die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst attraktiver zu machen, wird zum wiederholten Male bemüht.



Angesichts dieser Entwicklung im Kernfeld der Organisation von ver.di steht zu erwarten, dass für die Tarifrunde in unserer Branche, welche nach Auslaufen des Tarifvertrages zum 31. Januar 2025 ansteht, die Verhandlungen sich als schwierig erweisen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Verband Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende
Industrie Norddeutschlands e.V.

Dr. Schmidt Lautenbach